

Ruanda-Hilfe

Vom Feinsten

Nach dem Ruanda-Debakel werfen ehemalige Mitarbeiter Care-Chef Nöldner vor, Spendengelder zu verschwenden.

Klaus Nöldner schätzt große Worte. Seine Organisation, verkündete der Vorsitzende von Care Deutschland am Mittwoch vergangener Woche im „heute-journal“, habe mit dem Ruanda-Einsatz „zeigen wollen, daß es in Deutschland noch Barmherzigkeit gibt“.

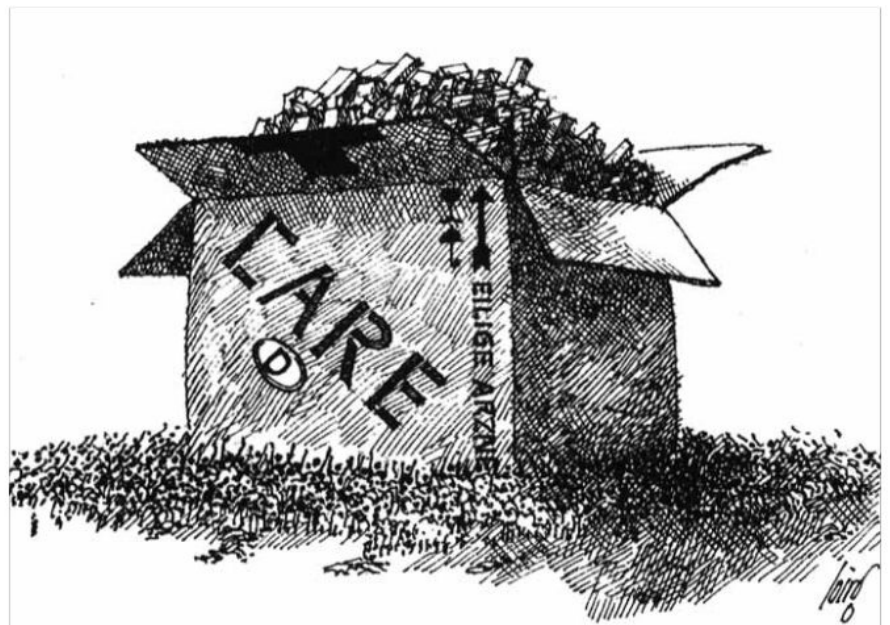
Da war längst klar, daß es bei der Hilfsaktion in Afrika weniger um deutsche Barmherzigkeit als um Unfähigkeit und Großmannssucht ging. Freiwillige Helfer, die das Katastrophengebiet um die zairische Stadt Goma vorzeitig verlassen hatten, berichteten von einem völlig chaotischen Ablauf der Care-Hilfsaktion.

„Plan- und ziellos“, so Rückkehrer Johannes Linder, 36, ein Arzt aus Leonberg, seien die 266 Freiwilligen eingesetzt worden. „Am Bedarf vorbei“ sei auch die Ausstattung mit Medikamenten gewesen. Hilfsbereitschaft habe Care für eine „PR-Show“ mißbraucht.

Für Insider kommt das Ruanda-Debakel der Organisation nicht überraschend. Care-Chef Nöldner, 59, ist seit langem als profilierungssüchtig und selbstherrlich bekannt. Ehemalige Mit-



Care-Chef Nöldner, Schirmherr Seehofer
Wie ein Barockfürst



Süddeutsche Zeitung

arbeiter werfen ihm zudem Verschwendung von Spenden-Millionen vor. Und auch als Hauptgeschäftsführer der ärztlichen Standesorganisation „Hartmannbund“ zeigte „Katastrophen-Klaus“ (Bonner Spott) schon mehrmals, wie locker er mit dem Geld anderer umzugehen versteht.

Wie ein „Barockfürst“ führe Nöldner seine Organisation, kritisiert Günter Schmidt, der bis Juni 1993 die Aktion „Helft Rußland“ koordiniert hat. Aus den Spenden für Hilfsbedürftige in der ehemaligen Sowjetunion, zu denen Care, der Stern und das ZDF aufgerufen hatten, sind Lebensmittelpakete, Kinder-Krebsstationen, mobile Zahnarztpraxen und ein Rehabilitationszentrum finanziert worden.

Schmidt stieg aus, weil Nöldner ständig in „laufende Operationen eingriff“ und dabei die Kosten „in leichtfertiger Weise um Millionen in die Höhe trieb“.

So habe Nöldner für Care 100 hochmoderne Replotron-Geräte zur Bestimmung verschiedener Blutbestandteile bestellt, für die Teststreifen gebraucht würden, die es in Rußland nicht gebe. Schon nach einigen Monaten hätten die Geräte nicht mehr benutzt werden können, weil die Teststreifen ausgegangen waren. Nachlieferungen aus der Bundesrepublik kosteten nach einem internen Care-Vermerk zwischen einer und zwei Millionen Mark. Sogar die Lieferfirma, Boehringer Mannheim, habe damals, erinnert sich Schmidt, vergebens für die Anschaffung herkömmlicher Photometer plädiert. Für deren Betrieb hätten die Reagenzien problemlos vor Ort von Apothekern oder Chemikern hergestellt werden können.

Nöldner will von dem Einwand nichts wissen. In Rußland, so der Care-Vorsit-

zende, „gibt es mit allen Materialien Schwierigkeiten“.

Besonders teuer kam die ahnungslosen Spender das kinderorthopädische Rehabilitationszentrum in Dedenowo bei Moskau. Der Klinik-Komplex, von Care-Mitarbeitern intern spöttisch „Klaus-Nöldner-Gedächtnis-Dorf“ genannt, sollte ursprünglich 26 Millionen Mark kosten. Schließlich seien für den Bau runde 30 Millionen gezahlt worden.

Wie bei anderen Anschaffungen auch wurde der Bauauftrag für das Spital nach Aussagen von ausgeschiedenen Care-Mitarbeitern nicht ausgeschrieben. Aufträge seien vielmehr „freihändig“ vergeben worden. Bei der Ausstattung der Klinik sei alles, selbst die Bettwäsche, „vom Feinsten“ geordert worden, moniert Schmidt. Nöldner bestreitet nicht, daß der Auftrag nicht ausgeschrieben wurde, will aber bei den Kosten nur 200 000 Mark über den Planungen gelegen haben.

Den Verdacht, daß es Care Deutschland im Umgang mit dem Geld nicht so genau nimmt, hatte 1992 auch das Entwicklungshilfeministerium (BMZ). Es hätten sich, so Sprecher Wolfgang Kanera, „bei der Mittelverwendung Fragen“ ergeben, die „im Dialog mit Care“ geklärt werden müßten. Das Ministerium bewilligt der Hilfsorganisation seit zwei Jahren keine Mittel mehr.

Im BMZ kann Nöldner damals schon kein Unbekannter gewesen sein. Der diplomierte Volkswirt war Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Thieding-Stiftung des Hartmannbundes, als diese Mitte der achtziger Jahre wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten auffiel. Auch der Bundesrechnungshof rügte die Praktiken der

Stiftung. Die Organisation hatte rund zehn Millionen Mark aus der staatlichen Entwicklungshilfe bekommen, um die Rückkehr von Ärzten aus der Dritten Welt in ihre Heimatländer zu fördern. Das Programm, urteilten Prüfer der Münchner „Gesellschaft für Gesundheitsforschung“, sei zwar „nicht schädlich, aber auch nicht effektiv“ gewesen.

Bei Kontrollen entdeckten Revisoren aus dem Entwicklungshilfeministerium, daß die Thieding-Stiftung aus Staatsgeldern Bildplatten zur audiovisuellen Fortbildung samt dazugehörigen veralteten Abspielgeräten gekauft hatte. Die „Ladenhüter“ (Prüfbericht) wurden als medizinische „Ausstattungshilfe“ nach Asien und Afrika expediert. Im Programm war auch eine Bildplatte zum Thema „Fettsucht bei Kindern“.

Bei der Transaktion geriet Stiftungsvorständler Nöldner gleich doppelt ins Zwielicht. Denn an Bildplatten und Geräten verdiente der Hartmannbund, dessen Hauptgeschäftsführer Nöldner damals schon war, kräftig mit. Die Standesorganisation ließ sich, wie die Prüfer feststellten, hohe Provisionen zahlen.

Ein Jahr zuvor waren Nöldner und der ehemalige Hartmannbund-Chef Horst Bourmer schon einmal aufgefallen. 1984 hatte der Hartmannbund seinen Mitgliedern Tips für die Geldanlage gegeben. Die erwiesen sich zwar vielfach als Flop für die Ärzte, nicht aber für den Verband: Der kassierte, wann immer sich ein Mediziner für eine der empfohlenen Geldanlagen entschied, fürstliche Vermittlungshonorare.

Ungerührt und in Treue fest stehen zwei Bonner Minister zu dem Christdemokraten. Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) sitzt im Kuratorium von Care Deutschland. Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer (CSU) übernahm die Schirmherrschaft für Nöldners Ruanda-Abenteuer. Der Bund fördert das Unternehmen mit 1,5 Millionen Mark.

Ein anderer Mitstreiter Nöldners geht unterdessen vorsichtig auf Distanz. Die Bundesärztekammer, die zusammen mit Care zu dem Mediziner-Einsatz in Ruanda aufgerufen hatte, forderte Nöldner am 19. August schriftlich auf, Rechenschaft über Konzept und Vorbereitung der Reise zu geben. Die Kammer, so ein Sprecher, sei zwar „ideell beteiligt gewesen“, die Organisation der Reise sei dann jedoch „ohne irgendwelche Rücksprachen mit uns“ gelaufen.

Die Standesvertreter fürchten, die auch sicherheitstechnisch schlecht ausgerüsteten und zudem noch unerfahrenen Care-Helfer könnten im Krisengebiet in bewaffnete Auseinandersetzungen geraten. „Und dann“, graust es einen, „muß die auch noch die Bundeswehr da rausholen.“ □

„Uns fehlen die richtigen Waffen“

Brandenburgs Innenminister Ziel über schärfere Gesetze gegen Neonazis



Alwin Ziel

ist Vorsitzender der Innenministerkonferenz. Der brandenburgische SPD-Politiker, der die Verbote neonazistischer Organisationen vorantrieb, bereitet eine neue Gesetzesinitiative vor. Ziel, 53, hält die Strafnormen gegen Rechtsextremisten für unzureichend. Der Potsdamer Innenminister will erreichen, daß die „Planung, Vorbereitung und Organisation neonazistischer Aktivitäten“ umfassend unter Strafe gestellt wird. Denn die Rechten umgehen Gesetze immer raffinierter. Sie formulieren Haftstrafen gegen Ausländer mit Hilfe gewiefter Anwälte so, daß sie kaum zu ahnden sind. Und sie planen Aufmärsche, wie jüngst zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß, ohne daß den Organisatoren etwas anzuhaben ist.

SPIEGEL: Herr Minister, Sie fordern eine Reform des politischen Strafrechts, um Neonazis erfolgreicher bekämpfen zu können. Haben die Verbote rechtsextremistischer Gruppen und Urteile gegen rechte Mordbrenner nichts genutzt?

Ziel: Im Kampf gegen die Neonazis spüren alle Innenminister derzeit ihre Grenzen. Bei all dem Aufwand, den wir treiben, feiern die Rechten weiter Erfolge, wie jüngst etwa bei den Aktionen zum Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß. Das zeigt, daß wir die richtigen Waffen gegen den Neonazismus noch nicht entwickelt haben.

SPIEGEL: Nun sollen neue Strafvorschriften helfen?

Ziel: Wir brauchen einen Straftatbestand, mit dem wir an die Koordinatoren von Großveranstaltungen herankommen. Die Szene verändert derzeit ihre Strategie: weg von festen Organisationen, denn die können verboten und aufgelöst werden; statt dessen hin zu einer Bewegung mit autonomen Strukturen. Zusammenhalt schaffen sie über Gedenkveranstaltungen, etwa zum Todestag von Heß oder auf dem Soldatenfriedhof Halbe in Brandenburg. Damit machen sie auf sich aufmerksam und verankern den Neonazismus in den